



Die Stadtverordnetenversammlung

Tagesordnung III Punkt 4 der öffentlichen Sitzung am 12. November 2020

Antrags-Nr. 20-F-05-0063

Bürgerentscheid umsetzen - Citybahn GmbH abwickeln - Neustart für die Verkehrspolitik - Antrag der FDP-Fraktion vom 03.11.2020 -

Der Ausschuss möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Bürgerentscheid vom 1. November umsetzen:

1. Das Ergebnis des Bürgerentscheids zum Bau einer Citybahn in der Landeshauptstadt Wiesbaden wird zur Kenntnis genommen. Die Planungen und weitere Aktivitäten werden mit sofortiger Wirkung eingestellt, sämtliche die Planung genehmigenden Beschlüsse der städtischen Gremien werden hiermit aufgehoben und das Projekt für beendet erklärt. Entsprechende Weisungen werden den städtischen Gesellschaften vom Magistrat erteilt.

Citybahn GmbH abwickeln:

2. Der Magistrat wird aufgefordert, mit den Projektpartnern über die Abwicklung der bestehenden Verträge, die Auflösung von bestehenden Schuldverhältnissen und die Liquidation der Citybahn GmbH Verhandlungen aufzunehmen. Über den Fortschritt ist den städtischen Gremien monatlich Bericht zu erstatten.

3. Der Magistrat wird aufgefordert, eine vollständige und detaillierte Übersicht der aufgelaufenen Kosten für Rechtsberatung, Personal, Planung und Öffentlichkeitsarbeit des Projektes Citybahn aufzustellen und den städtischen Gremien zur Kenntnis zu geben.

Neustart für die Verkehrspolitik:

4. Die Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses vom 29. Oktober 2020 über den städtischen Haushalt 2021 werden wie folgt ergänzt: Der erweiterte Verkehrszuschuss an die ESWE Verkehrsgesellschaft mbH wird um 2,804 Mio. Euro gekürzt und Dezernat V für **Planungen zur Reaktivierung der Aartalbahn** und der **Anbindung des Ostfelds über die Ländchesbahn** zweckgebunden zur Verfügung gestellt. Synergien mit bestehenden Planungsaufträgen (z.B. der SEG) sind zu nutzen.

5. Der Magistrat wird aufgefordert, mit dem Rheingau-Taunus-Kreis und dem Land Hessen über eine (Teil)-Reaktivierung der Aartalbahntrasse zu beraten. Über den Fortschritt ist den städtischen Gremien regelmäßig, mindestens jedoch quartalsweise zu berichten.

Beschluss Nr. 0297 des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr 03.11.2020:

Der Antrag der FDP-Fraktion vom 03.11.2020 wird in folgender Fassung angenommen:

I. Ziffern 1 bis 3 sind durch Aussprache erledigt.

II. Der folgende Antragspunkt wird zur Beratung und Beschlussfassung an den Haupt- und Finanzausschuss überwiesen:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Die Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses vom 29. Oktober 2020 über den städtischen Haushalt 2021 werden wie folgt ergänzt: Der erweiterte Verkehrszuschuss an die ESWE Verkehrsgesellschaft mbH wird um 2,804 Mio. Euro gekürzt und Dezernat V für Planungen zur Reaktivierung der Aartalbahn und der Anbindung des Ostfelds über die Ländchesbahn zweckgebunden zur Verfügung gestellt. Synergien mit bestehenden Planungsaufträgen (z.B. der SEG) sind zu nutzen.

III. Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, umgehend in Gespräche mit der Deutschen Bahn, der hessischen sowie der rheinland-pfälzischen Landesregierung einzutreten, um die Möglichkeiten einer Wiederinbetriebnahme dieser Strecke zu erörtern. Der Magistrat wird aufgefordert, mit dem Rheingau-Taunus-Kreis und dem Land Hessen über eine (Teil)-Reaktivierung der Aartalbahntrasse zu beraten. Über den Fortschritt ist den städtischen Gremien regelmäßig, mindestens jedoch quartalsweise zu berichten.

Beschluss Nr. 0391

1. Ziffer II des Antrags der FDP-Fraktion vom 03.11.2020 in der Fassung des Beschlusses des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr Nr. 0297 vom 03.11.2020 wird abgelehnt.

2. Der Magistrat wird gebeten, umgehend in Gespräche mit der Deutschen Bahn, der hessischen sowie der rheinland-pfälzischen Landesregierung einzutreten, um die Möglichkeiten einer Wiederinbetriebnahme dieser Strecke zu erörtern. Der Magistrat wird aufgefordert, mit dem Rheingau-Taunus-Kreis und dem Land Hessen über eine (Teil)-Reaktivierung der Aartalbahntrasse zu beraten. Über den Fortschritt ist den städtischen Gremien regelmäßig, mindestens jedoch quartalsweise zu berichten.

(Ziffer 1 antragsgemäß Haupt- und Finanzausschuss 12.11.2020 BP 0369, Ziffer 2 antragsgemäß Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr 03.11.2020 BP 0297)

Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .11.2020

Gabriel
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
-16 -

Wiesbaden, .11.2020

Dezernat V
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Mende

Oberbürgermeister